

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten June Tomiak (GRÜNE)

vom 7. Februar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 8. Februar 2024)

zum Thema:

Aktivitäten des III. Weg in Marzahn-Hellersdorf

und **Antwort** vom 19. Februar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Februar 2024)

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Frau Abgeordnete June Tomiak (GRÜNE)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/18177
vom 07.02.2024
über Aktivitäten des III. Weg in Marzahn-Hellersdorf

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie schätzt der Senat das Personenpotenzial des III. Weg und seiner Jugendorganisation? Bitte wenn möglich auch regionale Schwerpunkte nach Bezirken aufzeigen.

Zu 1.:

Das Personenpotenzial des Berliner „Stützpunkts“ der Partei „Der III. Weg“ beläuft sich aktuell auf etwa 80 Personen. Darin eingeschlossen ist das Personenpotenzial der Jugendorganisation der Partei, „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ), im unteren zweistelligen Bereich. Die Partei verfügt zudem über ein Unterstützungspotenzial in gleicher Personenstärke. Regionale Aktionschwerpunkte der Partei „Der III. Weg“ und ihrer Jugendorganisation waren in Berlin im letzten Jahr insbesondere die Bezirke Pankow und Marzahn-Hellersdorf.

2. Welche Aktivitäten und Aktionen des III. Weg sind dem Berliner Senat seit 2019 bekannt? Bitte zeitlich einordnen und nach Bezirken clustern.

Zu 2.:

Die Partei „Der III. Weg“ führt bisweilen mehrfach wöchentlich Infostände, Verteilaktionen oder sonstige Veranstaltungen durch. Regionale Schwerpunkte dieser Aktivitäten waren seit 2019 neben den Bezirken Pankow und Marzahn-Hellersdorf die Bezirke Neukölln, Treptow-Köpenick und Spandau. Detailliertere Daten im Sinne der Fragestellung sind durch die Berliner Sicherheitsbehörden im automatisierten Verfahren nicht recherchierbar.

3. Laut des Demokratieberichts 2022 des Bezirks Marzahn Hellersdorf nehmen die propagandistischen Aktivitäten des III. Weg weiter zu. Welche Maßnahmen unternimmt der Senat, um gegen diese Form der rechtsextremen und hetzerischen Propaganda vorzugehen?
4. Die Motive des III. Wegs sind insbesondere „rechte Selbstdarstellung“ (Demokratiebericht Marzahn-Hellersdorf 2022)¹. Welche Präventionsmaßnahmen sieht der Senat vor, um Bürger:innen vor der Verbreitung von rechten Gedankengut zu schützen sowie aufzuklären?

Zu 3. und 4.:

Den Strafverfolgungsbehörden obliegt die restriktive Ahndung von Straftaten. Die Strafverfolgungsbehörden schreiten nach dem sogenannten Legalitätsprinzip ein, sofern sich aus einem ihnen bekannt gewordenen Geschehen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfolgbare Straftat ergeben. Der Polizei Berlin liegen folgende Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Begehung von Propagandadelikten im Sinne der Fragestellung vor:

Im Jahr 2022 wurden im „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPM-D-PMK) insgesamt drei Fälle (jeweils Sachbeschädigungen gemäß § 303 StGB), im Jahr 2023 insgesamt vier Fälle (jeweils Sachbeschädigungen gemäß § 303 StGB) im Bezirk Marzahn-Hellersdorf registriert, die der Gruppierung „Der III. Weg“ zugeordnet werden.

Anmerkung: Bei der KPM-D-PMK handelt es sich, anders als bei der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS), um eine Eingangstatistik. Demnach wird der Fall nach Bekanntwerden gezählt und nicht erst nach Abschluss der Ermittlungen. Die Fallzählung erfolgt tatezeitbezogen. Die statistischen Angaben stellen keine Einzelstraftaten der Politisch motivierten Kriminalität (PMK), sondern Fallzahlen dar. Ein Fall bezeichnet jeweils einen Lebenssachverhalt in einem engen räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit identischer oder ähnlicher Motivlage, unabhängig von der Zahl der Tatverdächtigen, Tathandlungen, Anzahl der verletzten Rechtsnormen oder der eingeleiteten Ermittlungsverfahren. Die Fälle der PMK unterliegen bis zum Abschluss der Ermittlungen - ggf. bis zum rechtskräftigen Gerichtsurteil - einer fortlaufenden Bewertung gemäß der angenommenen Tatmotivation. Neuere Erkenntnisse können zu einer Aktualisierung oder zu Änderungen führen. Darüber hinaus können Fälle der PMK auch erst nach dem Statistikschluss bekannt und gezählt werden. Deshalb kommt es sowohl unter- als auch überjährig immer wieder zu Fallzahländerungen. Es werden nur die Fälle gezählt, die gemäß den bundesweit verbindlichen Richtlinien für den KPM-D-PMK für Berlin statistisch zu zählen sind.

Beim Landeskriminalamt Berlin ist zudem eine Zentralstelle für Prävention eingerichtet, die u. a. für Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung zuständig ist. Diese führt einzelfallbezogene Maßnahmen im Rahmen der täterorientierten Kriminalprävention durch.

¹ Demokratiebericht Marzahn Hellersdorf 2022 S. 4

Darüber hinaus fördert der Berliner Senat u. a. über das bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung angesiedelte Berliner Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ unterschiedliche Projekte, die sich für ein demokratisches, menschenrechtsorientiertes und diskriminierungsfreies Miteinander in Berlin einsetzen. Dazu gehören beispielsweise die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“ und das „Mobile Beratungsteam für Demokratieentwicklung“. Die Förderprojekte weisen eine hohe Expertise zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auf und bieten im Umgang mit diesen und weiteren Phänomenen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit kostenfreie Beratungen sowie auf die Bedarfe der Anfragenden angepasste Maßnahmen an.

Schließlich klärt auch der Berliner Verfassungsschutz die Öffentlichkeit u. a. in seinen Jahresberichten regelmäßig über die Ziele, Strategien und Methoden der Partei „Der III. Weg“ auf.

5. Der III. Weg ist vermehrt bei Aktionen vermeintlicher „politischer Gegner“ präsent² und zeigt dabei eine gewaltbereite Haltung z.B. durch aggressives Verhalten. Welche Maßnahmen setzt der Senat um, um Bürger:innen in diesem Kontext zu schützen?

Zu 5.:

Die Sicherheitslage insbesondere auch im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität –rechts- ist Gegenstand einer stetigen Gefahrenanalyse durch die Polizei Berlin. Sollten hierbei gefährdungsrelevante Aspekte erkennbar werden, die polizeiliches Handeln erfordern, werden durch die Polizei Berlin die entsprechenden lageangepassten und erforderlichen Maßnahmen initiiert und durchgeführt. Erkenntnisse, die zukünftige Gefahrenlagen oder die zukünftige Begehung von Straftaten vermuten lassen, fließen in diese Lagebeurteilungen ein. Zu konkreten Schutzmaßnahmen im Einzelfall gibt der Senat aus polizeitaktischen Gründen keine Auskunft.

6. 2023 rief der III. Weg zu einer „Schulhofoffensive“ auf. Welche Präventionsmaßnahmen setzt der Senat um, um junge Menschen in diesem Kontext zu informieren und zu schützen?
7. Welche Maßnahmen werden derzeit umgesetzt, um Lehrkräfte & Schulleitungen über diese, in 6. genannten, Aktionen des III. Weges zu informieren und im Umgang hiermit zu sensibilisieren? Bitte erläutern.

Zu 6. und 7.:

Zu den unter Frage 4 aufgeführten Projekten des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ gehört auch die „Landeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, die in Berlin alle Schulen, die dem Courage-Netzwerk beitreten wollen, berät und in ihrem Engagement gegen alle Ideologien der Ungleichwertigkeit und demokratiegefährdende Ideologien unterstützt.

Der Verfassungsschutz Berlin bietet öffentliche Vortragsveranstaltungen an, die auch von Schulen wahrgenommen werden. In diesem Rahmen wird in der Regel auch über den Phänomenbereich Rechtsextremismus und die Partei „Der III. Weg“ informiert. Darüber hinaus steht der Berliner Verfassungsschutz im Austausch mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie um im Einzelfall schnell reagieren zu können. Spezifische Maßnahmen gegen Aktivitäten der

² <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1179026.rechtsextremismus-dritter-weg-in-marzahn-hellersdorf-rassismus-an-berlins-raendern.html>

Partei „Der III. Weg“, über die allgemeinen Angebote, Projekte und Programme zur Demokratiebildung hinaus, gibt es von Seiten der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie aktuell nicht.

Berlin, den 19.02.2024

In Vertretung

Christian Hochgrebe
Senatsverwaltung für Inneres und Sport